

Große Anfrage

der Fraktion der FDP/DVP

**StM
KM
IM**

Die digitale Bildungsplattform „ella“ – Wie es zu dem verherenden Ergebnis des Gutachtens kommen konnte

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit, von wem und mit welcher Folge wurden Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudien zur digitalen Bildungsplattform „ella“ gefertigt?
2. Warum zahlte das Kultusministerium trotz des ausbleibenden Vertragsschlusses?
3. Ist und wenn ja seit wann, das Innenministerium der Ansicht, man hätte das Projekt von Anfang an ausschreiben können?
4. Warum wurde die Kettenbeauftragung gewählt, wo bekannt ist, dass diese Art der Projektdurchführung zu erheblichen organisatorischen Herausforderungen mit Blick auf Koordinierung und Überwachung führt?
5. Inwieweit war das Kultusministerium aufgrund des Gesetzes zur Errichtung der Landesbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW-Gesetz) verpflichtet, die BITBW mit der Entwicklung der Bildungsplattform zu beauftragen?
6. Inwieweit hätte die BITBW eine Ausschreibung vornehmen können beziehungsweise verzichtete auf eine solche?
7. Welche Unterlagen existieren zur Beauftragung des BITBW, zur Übernahme durch die Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF) und zur Weitergabe an private Unternehmen und Subunternehmen?
8. Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form und in welchem Umfang wurden Lasten- und Pflichtenheft oder etwas Vergleichbares übergeben?
9. Aus welchen Personen mit welchen fachlichen Hintergründen und Qualifikationen setzte sich das Projektsteuerungsgremium der Bildungsplattform „ella“ zusammen?
10. Ab wann und in welchem Rhythmus tagte die Steuergruppe und wem wurde aus den Sitzungen wie berichtet?
11. Auf welche Weise, nach welchem Verfahren und auf Basis welcher Grundlagen beziehungsweise Zielsetzungen wurde im Laufe des Projekts der Projektfortschritt gemessen und wem wurde darüber berichtet?
12. Wie war die Projektsteuerung durch BITBW organisiert, inklusive der hierarchisch dargestellten Angabe der zuständigen Personen?
13. In welchem Umfang wurde BITBW vom KIVBF berichtet und inwiefern ist BITBW dann kontrollierend etc. gegenüber KIVBF tätig geworden?
14. Inwieweit wurde die Fachaufsicht des Innenministeriums und des Kultusministeriums eingeschaltet, von Vorgängen, Sachständen, Problemen unterrichtet?

15. Wann erfahren mit welchen Konsequenzen KIVBF, BITBW, Innenministerium und Kultusministerium und deren politischen Spitzen jeweils von Umsetzungsproblemen?
16. Mit welchem finanziellen Verlust rechnen Kultusministerium, Innenministerium, BITBW und KIVBF?
17. Wie und in welchem finanziellen Volumen erfolgten die Vergabe und die Einbeziehung privater Unternehmen?
18. Inwieweit und mit welcher Reaktion wurden BITBW, Innenministerium und Kultusministerium über die Einbeziehung privater Unternehmen informiert?
19. Inwieweit befinden sich private Unternehmen mit ihren Leistungen in Verzug?
20. Wurde jeweils vor den Zahlungen der Sachstand abgefragt und geprüft beziehungsweise kann das Land die bis jetzt bereits geleisteten Zahlungen zurückfordern, nachdem sich nun herausgestellt hat, dass „ella“ überhaupt nicht an den Start gehen kann?
21. Inwieweit ist mit welchem Ergebnis erhoben worden, welche Anforderungen die Nutzer, insbesondere Lehrer, Schüler und Eltern an die Bildungsplattform stellen?
22. Inwieweit ist auch ein Abrechnungssystem für Autoren von digitalen Bildungsmaterialien geplant, damit diese ohne Verletzung des Urheberrechts von Lehrern und Schülern verwendet werden können?
23. Wie ist der Stand der Entwicklung beziehungsweise des Einsatzes von Bildungsplattformen nach ihrer Kenntnis in anderen Bundesländern und welche Systeme kommen dort – sofern bekannt – zum Einsatz?
24. Inwieweit beziehungsweise in welcher Form tauschten sich Verantwortliche aus dem Kultusministerium Baden-Württemberg und die Projektverantwortlichen mit Verantwortlichen für die Entwicklung und Implementierung von Bildungsplattformen in anderen Bundesländern aus?
25. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag, dass sich Baden-Württemberg mit anderen Bundesländern in dieser Frage zusammenschließt, um an einer länderübergreifenden Cloudlösung zu arbeiten?
26. Inwieweit ist nach dem sich immer deutlicher abzeichnenden Scheitern der digitalen Bildungsplattform „ella“ ein Festhalten am Schulmanagementsystem Allgemeine Schulverwaltung Baden-Württemberg (ASV-BW), eine vollständige Neuentwicklung des Systems oder die Übernahme eines Schulverwaltungssystems aus einem anderen Bundesland geplant?
27. Wie bewertet die Landesregierung den Vorstoß des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Laschet, eine Schulverwaltungssoftware zu entwickeln, mit der länderübergreifend Daten wie der Unterrichtsausfall ermittelt und ausgewertet werden können?
28. Aus welchem Grund ist das parallel entwickelte Schulverwaltungsprogramm ASV-BY in Bayern erfolgreich im Einsatz und hierzulande nicht?
29. Wie viele Schulen arbeiten mit ASV-BW und haben welche technischen Probleme mit ASV-BW angegeben?
30. Inwieweit stand das Kultusministerium zwecks Entwicklung einer Bildungsplattform mit privaten Anbietern von entsprechenden Lösungen in Kontakt und wann fanden die Gespräche jeweils mit welchen Gesprächspartnern und mit welchem Inhalt beziehungsweise welchem Ergebnis statt?

Dr. Rülke, Dr. Kern und Fraktion

Begründung

Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie digital@bw sollte die digitale Bildungsplattform „ella“ im Februar 2018 an den Start gehen. Diese war aber kurz vor dem offiziellen Start aus technischen Gründen gestoppt worden. Ein vom Kultusministerium in Auftrag gegebenes Gutachten zum Stand der Umsetzung der digitalen Bildungsplattform „ella“ hat nun ein erstes Fazit gezogen. Demnach ist „ella“ in der vorgesehenen Form technisch nicht realisierbar. Die Große Anfrage soll nun die Verantwortlichkeiten, Versäumnisse und Konsequenzen klären.